

AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG

Zl. Verf-128/3/1985

Auskünfte: Dr. Glantschnig

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Einkommenssteuergesetz 1972 und das
Investitionsprämienengesetz geändert werden

Telefon: 0 42 22 - 536

Durchwahl 30204

Bitte Eingaben ausschließlich
an die Behörde richten und die
Geschäftszahl anführen.

Bezug:

An das

Präsidium des Nationalrates

ENTWURF	
Zl.	19 GE/1985
Datum:	14. MRZ. 1985
Verteilt:	15. MRZ. 1985 S. 10000

1017 WIEN

Beiliegend werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme
des Amtes der Kärntner Landesregierung zum Entwurf eines
Bundesgesetzes, mit dem das Einkommenssteuergesetz 1972 und
das Investitionsprämienengesetz geändert werden, übermittelt.

Klagenfurt, 1985-03-05

Für die Kärntner Landesregierung:

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Lobenwein eh.

F. R. d. A.
Präsident

AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG**Zl.** Verf-128/3/1985**Auskünfte:** Dr. Glantschnig**Betreff:** Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Einkommenssteuergesetz 1972 und das
Investitionsprämiengesetz geändert werden**Telefon:** 0 42 22 - 536**Durchwahl** 30204**Bitte Eingaben ausschließlich
an die Behörde richten und die
Geschäftszahl anführen.****Bezug:****An das****Bundesministerium für Finanzen****Himmelpfortgasse 4-8****1015 W I E N**

Zu dem mit do. Schreiben vom 16.1.1985, GZ. 14.0401/2-IV/
14/85, übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Einkommenssteuergesetz 1972 und das Investitionsprämien-
gesetz geändert werden sollen, nimmt das Amt der Kärntner
Landesregierung Stellung wie folgt:

1. Entgegen den Ausführungen in den Erläuterungen zu den
vorliegenden Novellen werden derzeit Investitionsbegünsti-
gungen für Energieversorgungsunternehmen nicht unabhängig
von der energiewirtschaftlichen Zweckmäßigkeit der Investi-
tion gewährt, weil die landesgesetzlich erforderlichen Ge-
nehmigungen für derartige Investitionen jeweils auch unter
dem Aspekt gegenwärtiger und künftiger volkswirtschaftlicher
Erfordernisse zu prüfen sind. Die in den vorgeschlagenen
Regelungen nunmehr vorgesehene zusätzliche Prüfung durch den
Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie im Einver-
nehmen mit dem Bundesminister für Finanzen, stellt nun nicht

nur eine Überlagerung dieser landesrechtlichen Genehmigungen dar, sie greift sogar de facto in diese Zuständigkeit ein. Aus diesen Gründen werden die gegenständlichen Regelungen abgelehnt.

2. Abgesehen von den Bemerkungen unter Z. 1 ist, wie aus den Angaben in den erläuternden Bemerkungen zu entnehmen ist, zu erwarten, daß der gegenständliche Gesetzentwurf bei Inkrafttreten im vorgeschlagenen Sinn einen Ausfall an Ertragsanteilen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben für das Land Kärnten in der Höhe von rund S 4 Mio. erwarten läßt. Es wird in diesem Zusammenhang auf die Verpflichtung des Bundes gem. § 5 des Finanzausgleichsgesetzes 1985 hingewiesen, vor der Erlassung eines derartigen Gesetzes Verhandlungen mit den Ländern und Gemeinden zu führen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Klagenfurt, 1985-03-05

Für die Kärntner Landesregierung:

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Lobenwein eh.

H. d. R. d. A.

